

Hannover, den 23.01.2012

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung

- . Abgeordnete Enno Hagenah und Stefan Wenzel (Grüne)

Kein Ende von Desorientierung und Desorganisation bei der Landesbergbehörde LBEG - Erneuter Störfall an einer Lagerstättenwasserleitung im Landkreis Verden

Vor genau einem Jahr am 14. Januar 2011 hat Wirtschaftsminister Bode den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landtags über die Leckage an der Lagerstättenwasserleitung der Exxon-Mobil im Raum Söhlingen unterrichtet. Dabei wurde deutlich, dass bereits im Dezember 2007 ein Schadensereignis an einer Lagerstättenwasserleitung (Leitung 0582) aufgetreten war. Daraufhin wurden weitere Untersuchungen an solchen Leitungen veranlasst, durch die im Jahr 2009 der Schaden im Raum Söhlingen entdeckt und wegen der eingetretenen gravierenden Wasser- und Bodenverseuchungen entsprechende Sanierungsarbeiten eingeleitet wurden.

Von diesen Vorgängen haben nach Angaben des Staatssekretärs im MW Herrn Dr. Liersch vom 21. 01. 2011 an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Landtag der Präsident und die Abteilungsleitung des LBEG erst durch Presseberichte im Dezember 2010 erfahren, sind also nicht von den zuständigen Bearbeitern ihrer Behörde unterrichtet worden.

Nach Erkenntnissen des LBEG ist diese Havarien darauf zurückzuführen, dass Rohrleitungen aus offenbar ungeeignetem Kunststoffen eingesetzt worden sind. Im Januar 2011 hat das LBEG gegenüber allen niedersächsischen Erdöl- und Erdgasproduzenten die sofortige Stilllegung der in Frage stehenden Kunststoffrohrleitungen dieses Herstellers, die zu diesem Zeitpunkt zum Transport von Lagerstättenwasser eingesetzt wurden. Den Konzernen wurde ferner auferlegt, Bestandslisten und Eignungsnachweise unabhängiger Gutachter für die in Niedersachsen verwendeten Rohrleitungswerkstoffe vorzulegen. Bereits 2009 hat das LBEG damit begonnen ein detailliertes Rohrleitungskataster aufzubauen, um in ähnlichen Fällen schneller reagieren zu können.

Als Konsequenz aus diesen Vorgängen und wegen des offensichtlichen Versagens von Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen im LBEG hat das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, so Staatssekretär Liersch im Schreiben vom 21. 01. 2011 eine Überprüfung der Ablauf- und Organisationsstruktur des LBEG veranlasst. Im Juli 2011 hat die mit der Überprüfung der Strukturen des LBEG beauftragte „MICUS MANAGEMENT CONSULTING GMBH“ den Abschlussbericht vorgelegt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist am 14.12.2011 schriftlich über den Stand der Fortschritte bei der Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation des LBEG unterrichtet worden.

In den vergangenen Wochen ist in der Gemeinde Langwedel-Völkersen im Landkreis Verden erneut eine Leckage einer Lagerstättenwasserleitung des RWE-DEA Konzerns und eine dadurch verursachte Boden- und Grundwasserverseuchung mit Benzol und möglicherweise weiteren Schadstoffen auf bis zu 10 ha Fläche und bis zu einer Tiefe von fünf Metern bekannt geworden. Es stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen zur Kontrolle der an den Standorten der Erdöl- und Erdgaskonzerne betriebenen Leitungen und der dort eingesetzten (Kunststoff-)Materialien durch das LBEG ausreichend gewesen sind, um die erneute Havarie einer Lagerstättenwasserleitung zu verhindern und ob die in der Zwischenzeit beim LBEG eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Ablauf- und Organisationsstrukturen zielführend sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Umfang, wann und mit welchen Ergebnissen sind der Zustand der Lagerstättenwasserleitungen und die dort eingesetzten Materialien am Standort Völkersen der Förderanlagen von RWE-DEA im Auftrag des Betreibers oder der Aufsichtsbehörden untersucht worden?
2. In welcher Weise wurden die Vorgänge um die Havarie am Standort Völkersen an das LBEG herangetragen, extern und intern kommuniziert und war die im Jahr 2011 veränderte Ablauf- und Organisationsstruktur des LBEG in der Lage zeitnah richtige Entscheidungen zum Umgang mit der Leckage und ihren Folgen zu treffen?
3. Zu welchem Zeitpunkt, in welcher Weise hat das LBEG dazu beigetragen, dass die Kommunen, der örtliche Wasserverband, weitere Betroffenen und die Öffentlichkeit von die Havarie der Lagerstättenwasserleitung informiert wurden, um notwendige Maßnahmen um den Schaden einzudämmen, eine mögliche Grund- und Trinkwasserverseuchung und damit Schäden von der Bevölkerung abzuwenden?

Enno Hagenah

Stefan Wenzel